

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunde zu "NÖ Pendlerhilfe neu - finanzieller Turbo für unsere Pendlerinnen und Pendler"

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine Aktuelle Stunde zum Thema "**NÖ Pendlerhilfe neu - finanzieller Turbo für unsere Pendlerinnen und Pendler**" abgehalten.

Abgeordneter Hans Stefan **H i n t n e r** (VP) betonte, dass durch mehrere Initiativen des Landes Niederösterreich die Situation der Pendlerinnen und Pendler verbessert worden sei. Als Beispiele nannte er unter anderem die Einführung des Top Jugendtickets und die Verbesserung der Pendlerhilfe. Ein weiterer Meilenstein für die Pendlerinnen und Pendler sei der Verkehrsdienstevertrag gewesen.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) sagte, seine Fraktion habe schon längst das Gratisparken in Wiener Park-and-Ride-Anlagen beantragt. Weiters sei von der FP bereits eine sinnvolle Lösung für die Pendlerinnen und Pendler eingebracht worden, nämlich die Spritpreisregelung mit maximal 1,20 Euro pro Liter.

Abgeordneter Gerhard **R a z b o r c a n** (SP) verwies darauf, dass die Spritpreise stark gestiegen seien und mittlerweile eine Grenze erreicht hätten, wo die Menschen darüber nachdenken würden, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Er glaube, dass es dringend notwendig sei, auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu setzen. Es brauche auch eine Ausweitung der Park-and-Ride-Anlagen im Wiener Umland.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) verwies darauf, dass Niederösterreich ein Flächenbundesland sei.

Jeder zweite Niederösterreicher pendle. Das Land unterstütze die Pendler, in der letzten Zeit seien 4 Milliarden Euro in Schiene und Straße investiert worden. Beim Pendler-Euro soll jeder Kilometer gerechnet werden, auch aliquote Ansprüche soll es geben. Bei der Pendlerhilfe sei mit 6.000 zusätzlichen Anträgen zu rechnen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte diese Debatte führe zu einer „Turboschlamm Schlacht“, bringe aber keinen Gewinn für den öffentlichen Verkehr. Sie forderte eine großzügige Offensive im öffentlichen Verkehr und eine Vereinfachung des Tarifsystems in der Ostregion. Das NÖ-Ticket um 365 Euro sei realistisch und machbar.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, sich den Treibstoff nicht mehr leisten zu können, gefährde die soziale Sicherheit. Jede Lösung, die eine Hilfe für die Pendler bedeute, werde er unterstützen. Beim Treibstoff könnte auf einen Teil der Steuereinnahmen verzichtet werden, bis andere Modelle greifen. Eine Spritpreisdeckelung sei sehr wohl möglich, 1,20 Euro seien genug.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) betonte, das derzeitige Modell sei zu begrüßen, aber bei weitem nicht ausreichend. So bestehe kein Rechtsanspruch auf Pendlerbeihilfe, auch das Kriterium des Familieneinkommens sei ungerecht. Die SP fordere die Zurverfügungstellung einer Jahresnetzkarte bzw. eine Vergütung von 10 Cent pro Kilometer bei maximal 30.000 Kilometern.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) sagte, die Mobilität sei maßgeblich für die wirtschaftliche Stärke Niederösterreichs. Das Pendlermodell NÖ sei transparent und sozial gestaffelt. Der Verkehrsdienstevertrag setze klare Richtlinien und stelle hochwertigen Schienenverkehr sicher. Es gehe um die Sicherung der Strecken bis 2019. Das Land baue seine Park & Ride- sowie seine Park & Drive-Anlagen massiv aus.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (Stadterhebung Pressbaum)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, heute sei für Pressbaum auf Grund der Erhebung zur Stadt ein ganz besonderer Tag. Pressbaum liege im Wienwald und habe einen Waldanteil von 80 Prozent. Ihre Fraktion werde diese Vorlage gerne unterstützen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) schloss sich seiner Vorrednerin inhaltlich an. Auch seine Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) meinte, in Pressbaum seien sehr viele Vereine aktiv, und die Stadt könne ihren Bürgern eine hohe Lebensqualität bieten.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) sagte, die Stadterhebung von Pressbaum sei auch ein historischer Tag für das Bundesland Niederösterreich. Es sei das erste Mal in dieser Periode, dass eine Gemeinde zur Stadt erhoben wird. Bestes Beispiel für die gute Entwicklung Pressbaums sei die stetig steigende Einwohnerzahl. Pressbaum habe mittlerweile neun Schulen, drei Bahnhöfe und eine Autobahnanbindung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Berichtserstatter jeweils Abgeordneter Martin S c h u s t e r VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973)**
- **Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997.**
- **Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG)**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, jene, die sich für die Umwelt in den Gemeinden einsetzen, dürften nicht der Bezug gestrichen werden. Dies wäre das falsche Signal für einen nachhaltigen Umweltschutz. Niederösterreich brauche dringend Umweltgemeinderäte, die sich auch mit den Themen Mobilität und Energie beschäftigen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, seine Fraktion werde die Anträge unterstützen. Es sei wichtig, dass die Gemeinderäte auch unterschiedliche Zuständigkeiten und Schwerpunkte wahrnehmen würden. Gemeinderäte müssten aber nicht speziell dotiert bzw. unterschiedlich bezahlt werden.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sagte, mit der Umsetzung des vorliegenden Antrages würden auch die Bürgermeister die Möglichkeit erhalten, eine elektronische Anordnung vorzunehmen. Überdies seien neben den Umweltgemeinderäten auch sogenannte Jugend- und Familiengemeinderäte notwendig. Die Umweltgemeinderäte hätten ihre Aufgaben in den letzten Jahren besonders gut erledigt. Die Erhöhung der Bezüge von Bürgermeister, Gemeindevorstand und Gemeinderäte vor einigen Jahren habe ihren Zweck voll erfüllt. Seine Fraktion werde den Antrag gerne unterstützen.

Abgeordneter Rene L o b n e r (VP) sagte, in Niederösterreich sei es schon lange üblich, den entsprechenden Aufgabenbereichen im Gemeinderat eine besondere Wertschätzung entgegenzubringen. Die Umweltgemeinderäte seien auch vom Land Niederösterreich unterstützt worden. Jetzt sei es aber noch wichtiger, ein neues Zeichen zu setzen und die Jugend forcieren. Ziel sei es, Jugendgemeinderäte zu installieren und dadurch die hohe Politikverdrossenheit zu vermindern.

Alle Anträge wurden mit Mehrheit von VP, SP und FP angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) referierte zu den **Tätigkeitsberichten des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2011.**

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sagte, in den Spitälern der Landeskliniken-Holding würden jährlich 170.000 Operationen durchgeführt. 1 Million Menschen hätten im letzten Jahr die Ambulanzen in den Spitälern aufgesucht. Die Klinikstandorte seien auch wichtige Faktoren für die regionale Wirtschaft.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) betonte, der Slogan „Ihre Gesundheit ist unser Ziel“ sei Grundlage der hervorragenden Arbeit an den NÖ Landeskliniken. Die Holding als größter Gesundheitsanbieter der Republik stehe für höchste Qualität. Bei der Qualitätssicherung komme der Holding österreichweit eine Vorreiterrolle zu. Die getätigten Investitionen zeigten den Wert aller 27 Standorte. Die elektronische Gesundheitsakte und die Finanzierung aus einer Hand seien für die Zukunft unerlässlich. Ein **Resolutionsantrag** fordert mehr Studienplätze im Fach Humanmedizin.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, während in die Infrastruktur sehr viel investiert werde, hinke man bei den Dienstleistungen hinterher, vor allem beim Pflegepersonal. Diesbezüglich bräuchten Ärzte- und Arbeiterkammer auch die Unterstützung des Landtages. Ihre Fraktion werde dem Bericht nicht zustimmen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) nannte die Gründung der Landeskliniken-Holding einen Meilenstein in der Gesundheitspolitik. Die Finanzmittel müssten aber auch in den Krankenhäusern ankommen. Landärzte und das Rettungswesen müssten aufgewertet werden. Der Bezirk Gänserndorf sei in der medizinischen Versorgung den anderen Bezirken gleichzustellen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, in Niederösterreich gebe es hervorragende medizinische und pflegerische Betreuung. Bei der Gesundheitsvorsorge seien in Niederösterreich die Hausaufgaben gemacht worden. Bereits im Kindergarten gebe es entsprechende Projekte. Ziel bei der Gesundheitsprophylaxe sei die Vernetzung bereichsübergreifender Programme.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) hielt fest, 2011 sei an den NÖ Landeskliniken die Mitarbeiterzufriedenheit im Mittelpunkt gestanden. Auch auf die Aus- und Weiterbildung werde großer Wert gelegt. Die Krankenanstalten gehörten in den meisten Bezirken zu den größten Betrieben. Die Wertschöpfung liege bei 900 Millionen Euro.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag Wolfgang S o b o t k a (VP) erinnerte daran, dass Niederösterreich seit nunmehr fünf Jahren mit den 27 Standorten der Landeskliniken-Holding am Gesundheitsmarkt präsent sei. Die Bilanz zeige die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Er erinnerte daran, dass das Land Niederösterreich im Jahr 2008 die Spitäler der Gemeinden übernommen habe. Diese Übernahme sei ein großer Erfolg gewesen, sowohl wirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich. Überdies habe man damit die Gemeinden sehr stark finanziell entlastet. Niederösterreich setze im Bereich der Gesundheit immer auf Qualität, was u. a. weniger Komplikationen bei den Patienten bedeute. Seit dem Jahr 2008 habe der NÖ Landtag 1.000 zusätzliche Dienstposten für die Spitäler genehmigt, wodurch auch eine Qualitätssteigerung für die Patienten erreicht worden sei. Auch sei durch den gemeinsamen Einkauf und durch optimale Abläufe eine Kostendämpfung bei den Ausgaben im Gesundheitswesen erreicht worden. Niederösterreich biete unabhängig vom Wohnort, überall eine bestmögliche medizinische Versorgung an.

Der Antrag wurde mit VP-, SP- und FP-Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag wurde mit VP-, SP- FP-Mehrheit angenommen.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher u. a. betreffend **Änderung des NÖ Kinderbetreuungsgesetzes 1996 (NÖ KBG)**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) betonte, die Betreuung von Kindern sei genauso wichtig wie die Betreuung von Kranken. Leider gebe es in Niederösterreich Engpässe bei der Betreuung der unter Zweieinhalbjährigen und Probleme bei den Öffnungszeiten der Kindergärten. Überdies sei der Anteil der biologischen Lebensmittel bei den Mahlzeiten in den Kindergärten viel zu gering. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit seinen grünen Fraktionskollegen betreffend Bio-Mahlzeiten in allen Kinderbetreuungseinrichtungen ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, der Kinderschutz sei ein wichtiges Anliegen von Eltern und Politikern. Sexualstraftäter müssten unbedingt ihre Strafe im Gefängnis absitzen. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen Antrag betreffend keine Fußfessel für verurteilte Sexualstraftäter ein.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) sagte, ihre Fraktion stehe nicht hinter den Sexualstraftätern. Ihre Fraktion sei für eine kinderfreundliche Politik. Sie forderte insbesondere den Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) betonte, das Wohl der Kinder und Jugendlichen liege im Zentrum der niederösterreichischen Politik. Die Gesetze zeigten die Wichtigkeit und Wertigkeit der Familie in Niederösterreich. Den Kindern müsse man den besten Schutz angedeihen lassen. Mit der Gesetzesänderung nehme Niederösterreich wieder einmal eine Vorreiterrolle ein. Sicherheit und Jugendschutz gingen vor Datenschutz.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, die beiden Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend tägliche **Bewegungszeiten für unsere Schülerinnen und Schüler** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Andreas P u m , VP)
- Antrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried u.a. betreffend **Schaffung von geeigneten Strukturen zur Einführung einer täglichen Turnstunde im Schulbereich** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef J a h r m a n n , SP). Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte: Die Äußerungen der VP zeigten, dass man sich mit ganztägigen Schulformen in verschränkter Form nicht auseinandergesetzt habe. Man hätte schon längst zur Lösung des Problems beitragen können. In den Pädagogischen Hochschulen müsste den angehenden Lehrern ein Grundgerüst mitgegeben werden. Auch die Eltern seien nicht aus der Pflicht zu entlassen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, die Debatte zeige den Zugang von VP und SP zur Bildungspolitik. Das Bewegungsdefizit mit der Ganztagschule zu verschränken, sei nicht zielführend. Bewegung sei Vorsorge und mindere die Kosten im Gesundheitsbereich.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, die Bildung bestimme die Zukunft des Landes. Das „Hineinpropfen“ weiterer Stunden sei derzeit nicht möglich, sehr wohl aber in ganztägigen Schulformen in verschränkter Form. Seine Fraktion werde auch dem Antrag der VP zustimmen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) meinte, es gehe nicht um künftige Goldmedaillengewinner, sondern um das Leiden an Zivilisationskrankheiten. In Vereinen werde von vielen Ehrenamtlichen Tolles geleistet. Der Antrag der VP solle für eine positive Grundeinstellung zum Thema Bewegung sorgen. Im Sinne der Gesundheit der Kinder bitte er um die Zustimmung für den Antrag.

Der Antrag der Abgeordneten Schneeberger u. a. betreffend Tägliche Bewegungszeiten für unsere Schülerinnen und Schüler wurde einstimmig angenommen. Der auf Ablehnung lautende Antrag des Schul-Ausschusses betreffend Antrag der Abgeordneten

Leichtfried u. a. (Schaffung von geeigneten Strukturen zur Einführung einer täglichen Turnstunde im Schulbereich) wurde mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) referierte zum **Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2011.**

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, das Jahr 2011 sei für die Wirtschaft ein erfolgreiches Jahr und ein Jahr der Stabilisierung gewesen. Wesentlich zum Aufschwung beigetragen hätten die tüchtigen Unternehmer und Mitarbeiter, aber auch die Maßnahmen des Landes Niederösterreich. Im Bundesland Niederösterreich habe man im Jahr 2011 ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent verzeichnet. Am Arbeitsmarkt gebe es derzeit einen Höchststand von unselbstständig Erwerbstätigen, gleichzeitig aber auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zwar gebe es eine Nachfrage nach qualifizierten Facharbeitern, aber immer weniger Beschäftigungsmöglichkeiten für minder Qualifizierte. Daher setze man hier Maßnahmen. Sie brachte weiters einen **Resolutionsantrag** betreffend Sicherung der EU-Kohäsionsmittel für alle Regionen in der Förderperiode 2014 bis 2020 ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach von einem grundsätzlich positiven Bericht und bedankte sich für den Einsatz der Betriebe und Mitarbeiter. Es seien die Klein- und Mittelbetriebe in Niederösterreich, die das Fundament ausmachten. Es gebe in Niederösterreich aber auch Gebiete, in denen Betriebe abwandern. Er wünsche sich ein klares Ja zu diesen Regionen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meinte, die Tourismusedwicklung im Jahr 2011 sei sehr positiv gewesen. Insgesamt wurden 6,686.406 Nächtigungen erzielt. Bei der Niederösterreich-Card habe man eine Steigerung von 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Niederösterreich zeichne sich durch eine Fülle von Ausflugszielen aus.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) vertrat die Ansicht, die Tourismuswirtschaft in Niederösterreich habe sich im letzten Jahr qualitativ und quantitativ sehr gut entwickelt. Mit 6,6 Millionen Nächtigungen habe man einen absoluten Höchststand erreicht. Die Tourismusstrategie Niederösterreich 2015 bringe eine langfristige Ausrichtung und eine weitere Qualitätssteigerung. Er betonte, der Nächtigungsanteil der Gäste

aus den Nachbarländern sei in den letzten Jahren erfreulicherweise kontinuierlich gestiegen. Kulinarik, Gesundheitstourismus und Bergtourismus seien die neuen Schwerpunkte und würden immer mehr Arbeitsplätze absichern und die Wirtschaft beleben.

Der Bericht wurde von SP, VP, und FP mehrheitlich angenommen. Der Resolutionsantrag betreffend Sicherung der EU-Kohäsionsmittel wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Hackl, Antoni und Königsberger betreffend **Ermöglichung eines attraktiven Angebots für Studierende zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs**.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) meinte, ihre Fraktion werde diesem Antrag gerne zustimmen. Beim Top-Jugend-Ticket hätte es Sinn gemacht, neben den Schülern und Lehrlingen auch die Studenten zu berücksichtigen. Ideal wäre ein 365 Euro Jahres-Ticket für alle Bürger.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, die Initiative für ein Top-Jugendticket auch für Studenten werde von seiner Fraktion unterstützt. Viele Pendler und Familien seien auf ihre Autos angewiesen, trotz der hohen Spritpreise. Eine sofortige Entlastung für die Bevölkerung sei notwendig. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Antrag** gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen betreffend der Einführung einer Spritpreis-Deckelung von maximal 1,20 Euro pro Liter ein.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) zitierte aus Presseaussendungen über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Er forderte einen weiteren Ausbau der Park & Ride Anlagen in Niederösterreich und Wien.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) sagte, das Top-Jugendticket sei ein durchschlagender Erfolg für Schüler und eine Erfindung aus Niederösterreich für ganz Ost-Österreich. Das Ticket helfe den Jugendlichen mobil zu sein. Der Bund müsse ähnliches auch für Studierende ermöglichen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Zusatzantrag zur Einführung einer Spritpreis-Deckelung blieb in der Minderheit.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Berichtserstatter jeweils Abgeordneter Anton E r b e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes über Erhaltungsmaßnahmen bei Autobahnen und Schnellstraßen; EU–Finanzbericht 2010 (Reihe Niederösterreich 2012/4)**
- **Bericht des Rechnungshofes betreffend ländlicher Wegebau, geförderte Baumaßnahmen der Länder Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich (Reihe Niederösterreich 2012/5)**
- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 14 der XVII. Gesetzgebungsperiode**

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP): Beratungsleistungen sollten verstärkt durch eigenes Personal durchgeführt werden, zitierte er aus einem Rechnungshofbericht. Insgesamt seien vom Land Niederösterreich 8,9 Millionen Euro für 236 zusätzliche Stellen für Lehrer ausgegeben worden.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, Österreich sei Nettozahler in der EU, profitiere aber als Exportland sehr stark von der europäischen Idee. Wichtig sei es, die Kontakte der Landtagsabgeordneten mit Brüssel und den EU-Kommissaren zu forcieren, um für Niederösterreich möglichst viel an Förderungen herauszuholen. Niederösterreich sei es gelungen, die meisten EU-Förderungen von allen Bundesländern zu bekommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, der Beitrag Österreichs an die EU sei von 402 Millionen Euro im Jahr 2009 auf über 670 Millionen Euro im Jahr 2010 gestiegen. Österreich dürfe nicht weitere Souveränität an die EU abgeben.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) betonte, die Erhaltung der Güterwege und Forstwege sei für die Landwirtschaft sehr wichtig. Aber auch im Freizeitbereich spielten die Güter- und Forstwege eine besondere Rolle. Daher müssten diese in gutem Zustand sein.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) sprach zum Bericht des Rechnungshofes über Erhaltungsmaßnahmen bei Autobahnen und Schnellstraßen sowie zum EU-

Finanzbericht 20120. Im Jahr 2010 seien 1,82 Milliarden Euro an EU-Mitteln nach Österreich geflossen.

Abgeordneter Benno Sulzberger (FP) ging auf den Bericht des Rechnungshofes betreffend ländlicher Wegebau, geförderte Baumaßnahmen der Länder Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich ein. Insgesamt gebe es in diesen Ländern 55.000 Kilometer an ländlichen Wegen.

Abgeordneter Konrad Antoni (SP) sagte, durch finanzielle Beteiligungen habe das Land Niederösterreich nachhaltige Investitionen in Bereichen wie Verkehr, Bildung und Sicherheit ermöglicht. Dadurch trage das Land Niederösterreich auch zur Erreichung der gesamtstaatlichen Ziele Österreichs bei.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (FP) stellte fest, dass die Berichte des Landesrechnungshofes sehr gute Kontrollinstrumente seien. Die Pflege werde die Herausforderung der Zukunft sein. Hier werde es notwendig sein, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abgeordnete Heidemaria Onodi (SP) befasste sich ebenfalls mit der Nachkontrolle zum Bericht über die Finanzierung der stationären Pflege in Niederösterreich. Die Lebenserwartung steige kontinuierlich und darum gelte es, im Bereich der Seniorenbetreuung weiterhin Verbesserungen durchzuführen.

Abgeordneter Anton Kasser (VP) sprach über den Rechnungshofbericht zum ländlichen Wegebau. Der ländliche Raum komme immer mehr unter Druck und umso wichtiger sei der Wegebau. Er bedankte sich bei der Gruppe Straße, deren engagierte Mitarbeiter gute Arbeit leisteten.

Die Bericht des Rechnungshofes über Erhaltungsmaßnahmen bei Autobahnen und Schnellstraßen sowie der EU-Finanzbericht 2010 wurden einstimmig zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht des Rechnungshofes ländlicher Wegebau, geförderte Baumaßnahmen der Länder Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich sowie der Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 14 der XVII. Gesetzgebungsperiode.

Abgeordneter Mag. Lukas Mandl (VP) referierte zum **NÖ Sozialbericht 2011**.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) hielt fest, dass es im Sozialbudget eine Steigerung von 716 auf 750 Millionen Euro gebe. Es gebe auch erhöhte Anforderungen an Sozialleistungen. Er sprach auch von einem starken Zuwachs an Ein- und Zwei-Personen-Haushalten. Seine Fraktion werde den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) informierte, dass die Grünen auch in diesem Jahr dem Sozialbericht nicht zustimmen werden. Denn dieser spiegle nicht die tatsächlichen Bedürfnisse der niederösterreichischen Bevölkerung im Sozialbereich wider.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) widmete seinen Redebeitrag „jenen, die es im Leben nicht leicht haben“ und mehr soziale Sicherheit brauchten. Als Beispiel nannte er Familien mit mehreren Kindern. Die niederösterreichische Lösung könne nur heißen, den Menschen unbürokratisch zur Seite zu stehen. Ein **Resolutionsantrag** fordert die Einführung eines NÖ Familienschecks in der Höhe von 1.000 Euro.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) betonte, Armut sei auch ein Mangel an Möglichkeiten und Verwirklichungschancen. In Niederösterreich hätten über 38.000 Personen keinen Job, um 8 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Sozialstaat müsse weiterentwickelt werden. Eine der Möglichkeiten dazu sei die Wiedereinführung der Schulstarthilfe, zu der sie einen **Resolutionsantrag** einbrachte.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, man brauche eine solide Kinder- und Jugendpolitik, die punkt- und zielgenau vorgehe. Sie wünsche sich eine Sozialdatenbank und einen politischen Schulterchluss.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) sagte, Niederösterreich zähle weltweit zu den reichsten Regionen. Niederösterreich gebe die Hälfte seines Budgets für Gesundheit und Soziales aus. Zentrale Herausforderung der Zukunft sei die Sorge für jene, die aus dem aktiven Erwerbsleben ausgetreten sind. Niederösterreich habe seine Hausaufgaben gemacht und sei gut aufgestellt.

Der Bericht wurde mit VP-SP-Mehrheit zur Kenntnis genommen, die beiden Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Bediensteten-Schutzgesetzes 1998, Novelle 2012.**

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) zitierte Schopenhauer: Gesundheit sei nicht alles, aber ohne Gesundheit sei alles nichts.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sprach von eines Gesetzesentwurf, dem man zustimmen müsse.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung!